

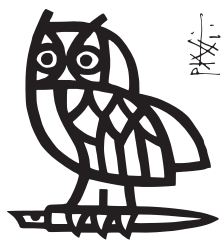
Ines Neffgen



REVOLUTIONÄRE HOFGÄNGER?

Sozialdemokratie und die Monarchien
im Wilhelminischen Kaiserreich (1890–1914)

DROSTE



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 194

Ines Neffgen

Revolutionäre Hofgänger?

Sozialdemokratie und die Monarchien im
Wilhelminischen Kaiserreich (1890–1914)

Droste Verlag 2026



Copyright © 2026 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V.,
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5371-1

Vorwort

Die vorliegende Studie entstand im Rahmen einer binationalen Promotion an den Universitäten Bonn und St Andrews und wurde im Jahr 2024 von beiden Universitäten als Dissertation angenommen. Für den Druck erfolgte nur eine geringfügige Überarbeitung.

Zum erfolgreichen Abschluss haben ganz wesentlich meine beiden Betreuer, mein Doktorvater Prof. Dr. Dominik Geppert und mein Supervisor Prof. Dr. Frank Lorenz Müller beigetragen. Für ihre akademische Begleitung und Unterstützung gilt ihnen mein herzlicher Dank. Dominik Geppert nahm sich der Studie mit großem Interesse an und stand bei Bedarf jederzeit beratend zur Seite. Besonders das kontinuierliche Feedback, das Herausfordern und Ermutigen durch Frank Lorenz Müller haben das Buch entscheidend beeinflusst und waren mir in all den Jahren eine außerordentlich wichtige Stütze. Zudem danke ich Prof. Dr. Martin Kohlrausch für die Übernahme des Zweitgutachtens, Prof. Dr. Riccardo Bavaj für die kritische Durchsicht des Manuskripts und die wertvollen Hinweise sowie Prof. Dr. Joachim Scholtyseck für die Leitung der Prüfungskommission. Vielfältige Anregungen und Ratschläge erhielt ich darüber hinaus von Prof. Dr. Ute Planert und Prof. Dr. James Retallack sowie dem gemeinsamen Doktorandenkolloquium von Dominik Geppert und Prof. Dr. Stefan Creuzberger.

Mein besonderer Dank gilt der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien für die Aufnahme der Studie in ihre Schriftenreihe, Dr. Benedikt Wintgens und Verena Mink für ihre hervorragende, unterstützende Betreuung während der Drucklegung sowie Dr. Andreas Biefang für den entscheidenden Hinweis zum Buchcover.

Das gesamte Vorhaben wäre nicht möglich gewesen ohne das großzügige Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung, für das ich aufrichtig dankbar bin. Dieses erlaubte es mir, im Rahmen des Cotutelle-Verfahrens, im Jahr 2018/19 für insgesamt zwölf Monate im ehrwürdigen St Andrews forschen und leben zu dürfen. Das Team der Promotionsförderung sowie das Archiv und die Bibliothek förderten das Entstehen des Buches sehr. Letztere stellte während der Corona-Lockdowns die Weiterarbeit durch die Versorgung mit Bücherpaketen sicher. Zudem unterstützten Kolleginnen und Kollegen aus den Landesarchiven von Bayern, Württemberg und Sachsen sowie aus dem Bundesarchiv die Studie mit ihrer fachkundigen Hilfe. Besonders danke ich Dr. Albrecht Ernst (Hauptstaatsarchiv Stuttgart) für die Gespräche zu Wilhelm II. von Württemberg und für die Möglichkeit, vorab Materialien aus seinem Editionsprojekt zu verwenden.

Die Dissertation war über mehrere Jahre stete Begleitung meines Lebens und folgte mir zu verschiedenen Stationen – von Bonn ging es über St Andrews nach Koblenz, Berlin, Freiburg, Marburg und schließlich Hürth. An allen diesen Orten haben liebe Menschen die Studie begleitet, mir für unzählige Gespräche über die revolutionären Hofgänger oder die Herausforderungen des Doktorandendaseins zur Seite gestanden und damit die Studie und den Lebensabschnitt sehr bereichert. Ganz besonders danke ich Dr. Claudia Kreklau, Dr. Jacob Berg und Björn Höfer für die gemeinsame Zeit in St Andrews und weit darüber hinaus, Julia Letow für die Hilfe bei sämtlichen Literaturfragen, Dr. Jan Kleinmanns für viele gute Hinweise und Anregungen, Dr. Angela Abmeier, Timo Bollen und Martin Warnecke fürs Korrekturlesen, Alexander Ommen für das Lösen diverser IT-Probleme, Christopher Paesen für die Gespräche zur historischen und derzeitigen Lage der Sozialdemokratie sowie meinen Bonner Institutskollegen Dr. Tobias Weller und Maximilian Stimpert für den jahrelangen Austausch zum Thema.

Ein herzlicher Dank gilt aber vor allem meiner wunderbaren Familie für ihre Unterstützung, Geduld und Liebe und nicht zuletzt ihre Zuversicht. Euch ist das Buch gewidmet.

Hürth, im Oktober 2025

Ines Neffgen

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	9
Ziel der Studie und methodische Vorbemerkungen	10
Forschungsstand	13
Quellen	18
Aufbau der Studie	22
 Erstes Kapitel	
Sozialdemokratie und Monarchien im deutschen Konstitutionalismus bis 1890	25
1 Monarchischer Konstitutionalismus als Instrument der Herrschaftssicherung	26
2 »Proklamirt Freiheit und Gleichheit, stürzt Throne, Adel und Pfaffen« – Kritik der frühen Arbeiterbewegung am monarchischen Staat	32
3 Krisenbewältigung durch Modernisierung – Monarchische Antworten auf die Revolution 1848/49	38
4 Der monarchische Staat im Verständnis der sozialdemokratischen Parteien vor der Reichsgründung	44
5 Sozialdemokratie und Monarchien im Bismarckreich	53
 Zweites Kapitel	
Der sozialistische Zukunftsstaat und das monarchische System im sozialdemokratischen Diskurs	65
1 »Der größte Fluch, der auf dem Reiche lag, ist gefallen« – Die programmatische Ausrichtung nach dem Ende des Sozialistengesetzes	68
2 »[D]iesem System keinen Mann und keinen Groschen!« – Die Budgetbewilligungen in den süddeutschen Landtagen	77
3 »Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich« – Revisionistische Einflüsse und die Vizepräsidentendebatte	92
4 »Sind wir Republikaner?« – Alternativen zum deutschen Konstitutionalismus in internationaler Perspektive	109

Drittes Kapitel

Die deutsche Sozialdemokratie als antimonarchische Partei	131
1 »[V]on der monarchischen Regierung nichts zu hoffen, sondern alles zu fürchten« – Politische Unterdrückung der Sozialdemokratie	133
2 Eine »neue Epidemie der Majestätsbeleidigungs-Prozesse« – Strafverfahren wegen Verunglimpfung monarchischer Würdenträger	145
3 »Monarchisches Familienleben« – Der sozialdemokratische Blick auf den sächsischen Eheskandal	159
4 »Denn inhaltloses Zeremoniell, leeres Schaugepränge hat nie der Sozialdemokratie imponiert« – Die Inszenierung der Monarchie und ihre Kosten	169
5 Eine »alberne Parodie auf den gesunden Menschenverstand« – Kritik am Gottesgnadentum und die Proklamation Ludwigs III. in Bayern	181

Viertes Kapitel

Monarchisch-sozialdemokratische Annäherungen im föderalen Reich	195
1 Ein »fester Kristall, der keinerlei Entwicklung zulässt«? – Der politische Wandel der föderalen Monarchien	197
2 »Nur die württembergische Regierung [...] würde die große Versammlung der führenden Sozialisten [...] dulden« – Politische Vielfalt im Kaiserreich	213
3 »Anerkennung unserer Partei als einer mit den übrigen Parteien gleichberechtigten durch den König« – Die sozialdemokratischen Hofgänger	227

Schlussbetrachtung und Ausblick	249
--	-----

Anhang	263
Abbildungsverzeichnis	263
Quellen und Literatur	264
Personenregister	297

Einleitung

Im Dezember 1870 geißelte Wilhelm Liebknecht (1826–1900) im Norddeutschen Reichstag im Namen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (SDAP) die bevorstehende Reichsgründung unter preußischer Führung. Auch seine Partei strebe die deutsche Einheit an, so Liebknecht, allerdings nicht nach Gutdünken der Monarchen, sondern auf der Grundlage der Volkssouveränität. Die Einheit müsse nicht mit den Fürsten, sondern gegen sie erfolgen. Das Haupthindernis sah der Redner insbesondere in den dynastischen Ambitionen der Hohenzollernmonarchie, die »im diametralen Gegensatz mit den Interessen des deutschen Volkes«¹ stünden – ein Hindernis, das für eine wirkliche Einigung zu beseitigen sei. Das Reich hingegen sei nun bestimmt, »eine fürstliche Versicherungsanstalt gegen die Demokratie«² zu werden. Folglich müsse die Krönung des Kaisers passenderweise auf dem Berliner Gendarmenmarkt stattfinden, höhnte Liebknecht, denn nur durch einen Gendarmen könne dieses Kaisertum aufrechterhalten werden. Am Schluss seiner Rede betonte er nochmals die feindliche Haltung seiner Partei. »Das, was in unserer Macht liegt, wird geschehen, um diesen Bund zu bekämpfen: wir erfüllen bloß unsere Pflicht, indem wir ihm den Krieg erklären.« Was Liebknecht erwartete, war ein Konflikt zwischen den Extremen, »zwischen uns und der äußersten Rechten«, die sich um das Haus Hohenzollern schare und gegen die Demokratie kämpfe.

Nach solchen Worten erscheint es nicht verwunderlich, dass die Sozialdemokraten seit den Gründungstagen des Kaiserreiches als *Reichsfeinde* und *vaterlandslose Gesellen* gebrandmarkt wurden, gegen die der monarchische Staat in den folgenden Jahren repressiv vorging. Die Sozialdemokratie verstand sich im Gegenzug als *revolutionäre* Partei und sah in dem von Preußen dominierten Obrigkeitsstaat und dessen Institutionen einen unversöhnlichen Gegner ihrer eigenen Vision einer klassenlosen Gesellschaft, die im Idealfall auf dem republikanischen Weg zu erreichen war. Wilhelm Liebknecht und August Bebel (1840–1913), beide prominente Führer der Sozialdemokratie, hatten sich bereits im Sommer 1870 gegen die Bewilligung von Kriegskrediten im Deutsch-Französischen Krieg ausgesprochen. Dies brachte ihnen den Vorwurf des Landesverrats ein und nur eine Woche nach Liebknechts Rede im Reichstag wurden beide Sozialdemokraten verhaftet. Als Wilhelm I. (1797–1888) am 18. Januar 1871 in Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen wurde, befanden sich Liebknecht und Bebel

¹ Stenographische Berichte, Sitzung vom 9.12.1870, S. 153.

² Ebd., S. 154. Hier und im Folgenden auch: A. BEBEL, *Aus meinem Leben*, 1997, S. 324–332, 357–363; W. MÜHLHAUSEN, *Ausgrenzung der Enttäuschten*, 2021, S. 187–190.

in Untersuchungshaft. In dem darauffolgenden aufsehenerregenden Leipziger Hochverratsprozess wurden sie zu je zwei Jahren Festungshaft verurteilt.

Diese Ereignisse aus den Gründungstagen des Kaiserreiches ließen nicht darauf hoffen, dass sich zwischen der Sozialdemokratie und dem monarchischen Staat ein einvernehmliches Verhältnis entwickeln würde. Die Fronten schienen mehr als verhärtet. Und doch sollte es, trotz dieses grundsätzlichen Antagonismus, zu Annäherungen kommen. Diese treten umso deutlicher hervor, wenn nicht nur die Reichsmonarchie unter Wilhelm II. (1859–1941) in den Blick genommen wird, sondern ebenso die bundesstaatlichen Monarchien. Denn abseits von Preußen und den drei Republiken Hamburg, Bremen und Lübeck existierten im Reich mit dem Kaiser und dem Landesfürsten nebeneinander jeweils zwei monarchische Herrschaften. Weder die Sozialdemokratie noch die Monarchien erwiesen sich als unveränderliche Kräfte. Vielmehr legten beide in den folgenden Jahrzehnten ein beträchtliches Entwicklungspotenzial an den Tag. Bereits am Vorabend des Weltkrieges, so die These der vorliegenden Studie, war die Sozialdemokratie keine kategorisch antimonarchische Bewegung mehr.

Ziel der Studie und methodische Vorbemerkungen

Die Lebenswirklichkeit der Sozialdemokraten zur Zeit des Kaiserreiches war monarchisch geprägt. Trotz seiner Revolutionen gilt das 19. Jahrhundert zugleich als »Jahrhundert der Monarchie«³. Bis zum Weltkrieg blieb Europa weitestgehend monarchisch. Während der Zeit des Kaiserreiches bildeten nur das seit 1870 republikanische Frankreich sowie die Schweiz und San Marino die Ausnahme. Dem kleinen Kreis von Republiken stieß Portugal im Jahr 1910 hinzu. Um in diesen, von enormen Umbrüchen gekennzeichneten Jahrzehnten zu bestehen, konnte das Jahrhundert nur monarchisch bleiben, weil sich diese Staatsform laufend weiterentwickelte und weiterhin wichtige Aufgaben erfüllte. Dieter Langewiesche spricht hier von »Selbstbehauptung durch Wandel«⁴. Der Untergang der Dynastien setzte erst mit dem Ende des Weltkrieges ein. Parallel zur Weiterentwicklung der monarchischen Staatsform, die entscheidend durch den Übergang von absoluter zu konstitutioneller Monarchie geprägt war, bildete sich die Sozialdemokratie als aufstrebende politische Kraft heraus. Auch sie war von ständiger Weiterentwicklung und kontroversen Positionen geprägt. Vom staatlichen Wandel beeinflusst, musste die Partei ihre Haltung zur Monarchie neu aushandeln. Es lässt sich also festhalten, dass beide Seiten – Monarchie und

³ D. LANGEWIESCHE, *Die Monarchie im Jahrhundert Europas*, 2013, S. 5.

⁴ Ebd., S. 6.

Sozialdemokratie – im Wilhelminischen Kaiserreich ein Entwicklungspotenzial besaßen. Sie waren keine starren Kräfte, sondern Teil eines dynamischen Prozesses, in dem Chancen zu Annäherung und einem dialektischen Wandel gegeben waren.

Einen weiteren entscheidenden Kontext bietet der Föderalismus des Kaiserreiches. Im föderativen Nationalstaat gab es nicht nur eine Monarchie und eine Sozialdemokratie. Sie waren keine monolithischen Blöcke, sondern stattdessen von Heterogenität und Vielstimmigkeit geprägt. Für die bundesstaatlichen Fürsten stellte die Reichsgründung einen erheblichen Einschnitt dar, der sie reale Machtoptionen kostete. Fortan mussten sie sich anderer Mittel bedienen, wollten sie weiterhin ihre Rolle als Landesfürsten behaupten. Hier konnten sich Räume entwickeln, in denen ein anderes, von der Reichsmonarchie zu einem gewissen Grad losgelöstes Politikmodell möglich war. Davon profitierten wiederum die Sozialdemokraten, die *Monarchie* durchaus unterschiedlich erleben konnten. Je nach Bundesstaat und den vor Ort herrschenden Verhältnissen prägten sich verschiedene Positionen zum Umgang im und mit dem monarchischen Staat heraus. Schauplätze waren insbesondere die Länderparlamente. Über die parlamentarische Arbeit kamen Sozialdemokraten mit den Fürsten in ihrer Funktion als Verfassungsorgan in Berührung. Zugleich integrierten sich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten immer weiter in die politischen Kulturen der Bundesstaaten. Es zeigt sich, dass nach der Jahrhundertwende die Abwehrstellung gegen die monarchische Staatsform nicht nur in theoretischen Parteidebatten hinterfragt wurde. Auf bundesstaatlicher Ebene wurden solche reformistischen und revisionistischen Ideen, trotz der offenen Widersprüche zum Parteiprogramm, bisweilen schon umgesetzt. Hier ergaben sich Annäherungen an die jeweilige monarchische Staatsform. So wurden zu Beginn des neuen Jahrhunderts nicht wenige Sozialdemokraten, trotz ihrer vielfach weiterhin vorgetragenen revolutionären Grundhaltung, zu sogenannten *Hofgängern*, die im Rahmen ihrer parlamentarischen Tätigkeit auch dem Monarchen im Schloss einen Besuch abstatteten.

Ziel der Studie ist es, zu einem differenzierten Bild und einer Neubewertung der Beziehung der Sozialdemokratie zu den deutschen Monarchien vor dem Hintergrund der neuesten Forschung zu gelangen. Mit der sozialdemokratischen Perspektive werden frische Erkenntnisse bezüglich der Wahrnehmung und Wirkung der konstitutionellen Monarchie in Deutschland gewonnen und über das Thema *Monarchie* ein besseres Verständnis bezüglich der Einbettung der SPD in die politischen Kulturen des Kaiserreiches geboten.

Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt neben der weiterhin nicht zu vernachlässigenden Reichsebene auf der föderalen Struktur des Reiches. Der Blick jenseits des von Preußen dominierten Nationalstaats ermöglicht eine neue und ergänzende Sichtweise. Beispielphaft und stellvertretend für diese 21 Monarchien

im Reich wird im Rahmen der Studie das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den drei Königreichen Bayern, Württemberg und Sachsen näher betrachtet und gelegentlich um weitere Perspektiven aus anderen Bundesstaaten ergänzt. Diese drei Staaten wurden zum einen ausgewählt, weil sie als *Mittelstaaten* ein gewisses politisches Gewicht innerhalb des Reiches besaßen und zum anderen einen guten Kontrast zueinander aufwiesen: Auf der einen Seite die beiden süddeutschen Länder, die nur über wenige industrielle Zentren verfügten. Hier waren die Sozialdemokraten recht schwach vertreten, und es herrschte politisch ein vergleichsweise liberaler, offener Umgang mit der Sozialdemokratie vor. Die süddeutschen Staaten waren es auch, die sich im Wilhelminischen Reich am ehesten in Richtung einer parlamentarischen Monarchie entwickelten. Demgegenüber galt Sachsen als das *rote Königreich*, in dem der linke Flügel der Sozialdemokratie besonders präsent vertreten und staatlicherseits erheblichen Repressionen ausgesetzt war. Erst mit der Reform des Wahlrechts im Jahr 1909 konnte das Dreiklassenwahlrecht, das seit 1896 zur Eindämmung der Sozialdemokratie galt und nach preußischem Vorbild gestaltet war, überwunden werden. Darüber hinaus wurde eine pragmatische Auswahlentscheidung aufgrund der Quellenlage getroffen: in allen drei Bundesstaaten entwickelten sich früh sozialdemokratische Parteistrukturen, sodass zu Beginn der 1890er Jahre eigenständige Landesverbände gegründet und die ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in den Landtagen vertreten waren – eine Voraussetzung, da die vorliegende Studie den Schwerpunkt auf die politische Sozialdemokratie und die Haltung der Abgeordneten in den Landtagen und im Reichstag legt.

Die Untersuchung konzentriert sich auf die Zeit von 1890 bis 1914. Mit dem Ende des Sozialistengesetzes fiel im Jahr 1890 die Repressionsmaßnahme par excellence im Kaiserreich. Nach zwölf Jahren Ausnahmegesetz konnte sich die Partei erstmals wieder im Reich formieren, die Parteistrukturen erneut aufbauen, eigene Druckschriften legal herausgeben und als sozialdemokratische Partei öffentlich auftreten. Erst durch diesen Schritt entstand die Möglichkeit, innerhalb des monarchischen Systems zu einer programmatisch diversen Auseinandersetzung und durch die wiedergewonnene Freiheit zugleich zu ersten Annäherungen zwischen Monarchen und Sozialdemokraten zu gelangen. Der Sommer 1914 stellt den Fluchtpunkt der Untersuchung dar, da der Krieg völlig andere Grundvoraussetzungen schuf. Die Ausnahmesituation des Weltkrieges führte in fast jeder Hinsicht zu einer anderen Gemengelage im Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Monarchien und verdient eine eigenständige Betrachtung. So führte der verschärfte staatliche Zentralismus im Krieg zu einem Zurücktreten föderaler Elemente im Reich, was erhebliche Folgen für die Stellung bundesstaatlicher Monarchen mit sich brachte. Auf sozialdemokratischer Seite war die öffentliche und innerparteiliche Diskussion zunächst von der Burgfriedenspolitik geprägt,

bevor sich die Partei an der Frage der Kriegskredite spaltete. In der Studie wird daher die Entwicklung in Friedenszeiten bis zum Ausbruch des Krieges untersucht. Zudem bietet die Studie lediglich einen innenpolitischen Fokus auf die Entwicklungen vor 1914. Die außenpolitische Situation und imperialistische Politik Wilhelms II. sind nicht Teil der Betrachtung. Weiterhin sei angemerkt, dass die Untersuchung zwar das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den Monarchien des Kaiserreiches beleuchtet. Doch dies geschieht nicht in einem symmetrischen Verhältnis. Im Vordergrund steht die sozialdemokratische Perspektive auf die Fürsten und das monarchische System. Die monarchische Gegenperspektive wird ergänzend angesprochen. Dies ist der zur Verfügung stehenden Quellenlage geschuldet, denn Aussagen der Landesfürsten über die Sozialdemokratie finden sich nur vereinzelt.

Ausgehend von diesen Überlegungen stellt die Studie die folgenden Thesen auf:

1. Es gab einen sozialdemokratischen Antimonarchismus, der bisweilen sehr stark ausgeprägt und auch in den liberalen süddeutschen Staaten anzutreffen war. Dieser Antimonarchismus war jedoch vielfach nicht in Stein gemeißelt, sondern an Bedingungen geknüpft und damit wandel- und verhandelbar.
2. Der Föderalismus im Kaiserreich erlaubte eine vielfältige Ausprägung der politischen Kulturen und Strukturen in den einzelnen deutschen Staaten. Weder die Sozialdemokratie noch die Monarchien des Reiches waren monolithisch, sondern von der jeweiligen politischen Kultur in den Bundesstaaten und der spezifischen Situation vor Ort geprägt. Hier konnten sich Annäherungen ergeben, die im Reich und in der Beziehung mit dem Kaiser in der Praxis nicht entstanden.
3. Die Sozialdemokratie integrierte sich allmählich in die politischen Systeme des Kaiserreiches, und das schloss auch – zumindest partiell – deren monarchische Dimensionen ein. Die Frage, ob eine Republik der Monarchie vorzuziehen sei, war zunehmend überholt. In der praktischen Politik, aber auch in ersten programmatischen Ansätzen sichtbar, überlagerte das Streben nach Parlamentarisierung und Demokratisierung diese Frage.

Forschungsstand

Es gibt bislang nur eine Monographie, die sich mit dem Verhältnis von Sozialdemokratie und Monarchie beschäftigt: Peter Domann kommt in seiner Arbeit »Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II.« (1974) zu dem Ergebnis, dass sich die Einstellung innerhalb weite Teile der Partei bereits vor dem Ersten Weltkrieg zugunsten der parlamentarischen Monarchie revidiert habe. Dieser